

Auch in der Schweiz

Alternativen zum real existierenden Kapitalismus werden auch in der Schweiz diskutiert. Nicht immer sind die Fragestellungen genügend radikal und global.

Hans Steiger

Der linkere Teil der Linken befasst sich zum Glück auch hierzulande wieder vermehrt mit Gegenmodellen zur weltweit dominierenden Unrechtsordnung. So wählte letztes Jahr der «Widerspruch» programmatisch «Alternativen!» inklusive Ausrufzeichen als Titel für das fünfzigste Heft seiner «Beiträge zu sozialistischer Politik». Hier schon empfohlen. Das dieser Tage ausgelieferte Heft 51 hat «Migration, Integration und Menschenrechte» zum Thema. Die rasante Globalisierung der Märkte ist ja verbunden mit dem Versuch einer Abschottung unserer Wohlstandsinseln gegen unwillkommene Menschen sowie mit neuer Sklavenarbeit in der Landwirtschaft. Dazu demnächst mehr.

Gleichheit, Arbeit für alle?

Eher innenpolitisch orientiert ist der Denkprozess, den die Jahrbücher der «Denknetz»-Gruppe spiegeln. Sie wurde 2004 im Umfeld der gewerkschaftlichen Linken gegründet. Gegen die dominierenden neoliberalen Think Tanks gerichtet, ein kritisches «Forum für die notwendigen Debatten über aktuelle Fragen aus Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik». Ende Jahr sollen die Debatten der Tagungen jeweils dokumentiert und ergänzt werden. Gesundheits- und Lohnpolitik standen 2005 im Zentrum sowie das grundsätzliche Postulat vermehrter Gleichheit. Peter Ulrich hatte deren gesellschaftliche Bedeutung beim ersten Denknetz-Treffen skizziert. Auch ein «Gleichheitsmonitor» für die Schweiz – der internationale Vergleiche erlaubt – sollte installiert und in den Jahrbüchern nachgeführt werden. Habe ich ihn im Jahrbuch 2006 übersehen? Gleichheit bleibt dort aber Thema, nun universeller mit Menschenrechtsfragen verknüpft und dem Anspruch auf «gute Arbeit für alle». Adrian Zimmermann fordert «Wirtschaftsdemokratie statt mehr Kapitalismus», um dem näher zu kommen. Beat Ringger, einer der Motoren des Denknetz-Projektes, skizziert «Konturen einer demokratischen Bedarfsökonomie». Also ist anzunehmen und zu hoffen, dass die Suche in dieser Richtung weitergeht. Was die Radikalität der Fragestellungen be-

trifft, ist im zweiten Jahrgang ein Fortschritt zu verzeichnen. 2005 konnte Armin Jans «zur Wachstumsdebatte in der Schweiz» noch schlicht feststellen, ein neuer Aufschwung sei zur Erhaltung der Beschäftigung und zur Sicherung unserer öffentlichen Dienste nötig, und unter dem Strich habe es «auch der Umweltschutz bei gutem Wirtschaftswachstum leichter». Umstritten war aus seiner Sicht nur die richtige «Wachstumsmedizin», nicht das ökonomische Prinzip. Eine bessere Politik könne uns vor Schaden bewahren und «das Wachstum auch nachfrageseitig dauerhaft abstützen». In den Beiträgen ging es primär um die landesinterne Verteilung von Chancen und Reichtum. 2006 kam nun Hanspeter Guggenbühl zum Zug, im P.S. als konsequenter Rechner längst bekannt: «Wachstum ist keine Lösung, sondern das Problem». Er will die alte Illusion nicht durch eine neue ersetzen. Bequem sei das Erkennen der Grenzen nicht, und die Abkehr von der heutigen Wachstumswirtschaft «kein Spaziergang; sie erfordert Änderungen am real existierenden Wirtschaftssystem». Dass er diese Feststellung nicht an einer Denknetz-Tagung, sondern bei einem Forum von Unternehmern – nicht in Davos! – vortrug, wirkt neckisch. Doch nicht nur für Linke wird es ohne grössere Kuchen komplizierter.

Merkbuch zur Steuererklärung

In einer bei Rotpunkt erscheinenden Reihe legt Attac Schweiz mit «Kassenkampf» – wer spontan ein «!» hinzu las, lag kaum völlig falsch – den dritten Band vor. Klein im Format, aber «überaus reich an Sachkenntnis, analytischer Vernunft und konstruktiven Reformvorschlägen», lobt Jean Ziegler im Vorwort. Es sei eine «Schrift zur Verteidigung der Demokratie». Steuern brauche es «zur Wahrung des Gemeinwohls», als «Korrektive des frei wütenden Marktes», zur Umverteilung. Und zwar von oben nach unten. Doch die Beutejäger des internationalen Finanzkapitals fänden das «unerträglich». In der Schweiz helfen ihnen gutbezahlte Banker bei der Steuerhinterziehung. Was insbesondere für die Völker der Dritten Welt katastrophale Folgen hat. Auch eidgenössische Kämpfe um Steuergerechtigkeit sind zu führen. Wir leben in einem der ungleichsten Länder der Welt, was die Einkommensverteilung angeht. Mit einer neuen Unternehmenssteuerreform will der Bundesrat die Privilegien der Reichen noch ver-



grössern und den Steuerwettbewerb unter den Kantonen weiter anheizen, wie Bruno Fässler, Leiter des Steueramtes der Stadt Zürich, in seinem Beitrag zeigt. Er führt mit konkreten Beispielen vor, wie unser Steuerrecht «wohlhabende Investoren besser behandelt als Arbeiterinnen oder Rentner, die nur über ein Arbeitseinkommen oder eine Rente verfügen». Passende, aber nur bedingt motivierende Lektüre vor dem Ausfüllen der Steuererklärung! Das inhaltliche Spektrum des Bändchens ist breit. Bruno Gurtner von der Alliance Sud etwa stellt mit Kollegen den Ansatz einer solidarischen Strategie im Finanzbereich vor, wie sie dieser Tage auch von der Schweizer Delegation am Weltsozialforum in Nairobi vertreten wird. Mascha Madörin beleuchtet Massstäbe und Instrumente für «geschlechtergerechte Staatsfinanzen». Peter Streckeis liefert kritische Anmerkungen zur Ökosteuere debatte, welche Grüne bedenken sollten. Ein gemeinsamer Nenner dieser Publikation und der ganzen Buchreihe ist der Widerstand gegen «die neoliberale Wahnidee» – so der Titel der Einführung von Ziegler.

Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik. Halbjährlich. 25 Franken pro Heft oder 40 Franken im Jahr. www.widerspruch.ch

Jahrbuch Denknetz 2006. Gute Arbeit für alle: Illusion oder Programm? Thema der ersten Ausgabe 2005: Der neue Glanz der Gleichheit. Edition 8, Zürich, je 224 Seiten, 25 Franken. Details zu Inhalt und kommenden Aktivitäten: www.denknetz-online.ch

Kassenkampf. Argumente gegen die leere Staatskasse. Herausgegeben von ATTAC Schweiz. Vorwort von Jean Ziegler. Rotpunkt, Zürich 2006, 204 Seiten, Fr. 19.50.

Für je 15 Franken noch lieferbar: «Nestlé – Anatomie eines Weltkonzerns» und «Service public. Perspektiven jenseits der Privatisierung».